



GEGEN PROSTITUIERTE

Auch UDE-Rektor Ulrich Radtke unterzeichnete Alice Schwarzers Appell, der Prostituierten ein menschenwürdiges Leben abspricht:
▶ Seite 4/5



ERINNERN UND HANDELN

Am Samstag wird in Städten des Ruhrgebiets den Opfern des Faschismus gedacht und gegen die neue Rechte demonstriert:
▶ Seite 7

AKDUELL IM NETZ

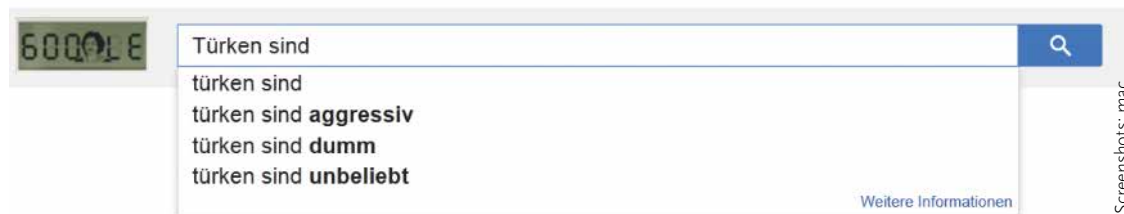
Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:
▶ www.akduell.de

„Frauen sollten keine Rechte haben“

Eine Kampagne der UN-Frauen bringt die Debatte um diskriminierende Google-Vorschläge wieder auf den Tisch. Dabei geht es um Diskriminierung von Frauen im Internet. So zeigen die Bilder der Aktion Frauen deren Münder mit dem Suchfeld vom Netzriesen Google ersetzt wurden. Darin werden Sucheingaben wie „women should“ mit „... be slaves“ ergänzt und zeigen die Frauenfeindlichkeit bei der amerikanischen Seite der Suchmaschine.

Schon seit Jahren kritisieren Aktivist*innen die diskriminierenden Vervollständigungen beim Google-Tool „Suggest“. So jetzt auch die Organisation „UN Women“, die sich 2010 von den Vereinten Nationen gegründet, für Frauenrechte weltweit engagiert. Wer schon einmal eine Suchmaschine benutzt hat, kennt den Mechanismus der sich „Suggest“ oder „Autocomplete“ nennt. Tippt man eine Anfrage ein, vervollständigen Konzerne wie Google die Anfrage mit Vorschlägen, die in einer Auflistung unter dem Eingabefeld erscheinen. Sie zeigen den Nutzer*innen damit, was andere bereits ähnlich gesucht haben. Das soll die Suche verschleunern und vereinfachen.

Zwei Kreative, Mamac Ogilvy und Mather Dubai sollten für die Organisation eine Werbekampagne kreieren, die die Verbreitung von Sexismus bei dem Mechanismus zeigt. Dafür gaben sie im März 2013 verschiedene Suchbegriffe, die mit dem Wort „Frau“ beginnen auf der amerikanischen Google-Webseite ein. Heraus kamen Suchvervollständigungen die einerseits Frauenrechte absprechen wie „Frauen sollten keine Rechte haben“ und „Frauen sollten nicht wählen“. Andererseits gab es je-



doch auch klar frauenfeindliche Vorschläge wie „Frauen sollten Sklaven sein“ und „Frauen sollten kontrolliert werden“. Für Frauenrechtler*innen auf der ganzen Welt ein Zeichen, wie verbreitet Frauenfeindlichkeit in den USA ist, denn die basieren Ergebnisse auf zuvor eingegebenen Suchen.

Google Deutschland: Rassismus in der Suche

Dass die Suggest-Vorschläge regional abhängig sind, wird deutlich, wenn man die Begriffe auf der deutschen Webseite eingibt. Sucht man da auf englisch nach „women shouldn't“, also „Frauen sollten nicht“, erscheint ebenfalls „vote“, also wählen. Gleichzeitig werden dieselben Eingaben auf deutscher Sprache dwie „Frauen sollten“, nicht vervollständigt. Dafür scheint die Suchmaschine hierzulande ein Problem mit Rassismus zu haben. Gibt man „Türken sollen“ ein, erscheinen Vorschläge wie „raus“, oder „raus aus Deutschland. Auf „Türken sind“ folgen Ergebnisse wie aggressiv, dumm und unbeliebt. Während es auch Vervollständigungen gegen Sinti und Roma gibt, bleiben antise-

mitische Vorschläge aus. Man sieht also, dass auch hier Grenzen gezogen werden, wo Google die Zensur betreibt, ist aber nicht ersichtlich.

Bislang hat sich der Konzern nicht zu den sexistischen Autocomplete-Vorschlägen geäußert. In früheren Stellungnahmen verwies das Unternehmen jedoch darauf, dass es sich bei den Vorschlägen im Suggest-Tool um von Nutzer*innen gebildete Fragen handele, auf die das Unternehmen keinen Einfluss hätte. In der Vergangenheit gab es jedoch mehrere Anklagen gegen das Unternehmen wegen eben jener Vorschläge. In Frankreich hatten verschiedene antirassistische Initiativen das Unternehmen verklagt, als es die jüdische Religionszugehörigkeit zu manchen Personen in der Anfrage abbildete. Bekanntestes deutsches Beispiel ist die Klage der Ex-Bundespräsidentengattin Bettina Wulff. Die hatte Google zum Vorwurf gemacht, dass ihr Name in der Suche in Verbindung zum Rotlichtmilieu auftat. Während einige Suchergebnisse daraufhin gestrichen wurden, blieben die Suggest-Kategorien noch stehen. Anfang

Dezember stehen sich Wulff und Vertreter*innen von Google wieder vor Gericht gegenüber.

Auch wenn die UN-Frauen bislang keine Klage erhoben haben, so wollen sie jedoch gegen den Alltagssexismus bei der Suchmaschine vorgehen. „Die Werbeanzeigen sind schockierend, weil sie genau zeigen wie weit wir noch gehen müssen, um Geschlechtergleichheit zu erreichen. Sie sind ein Weckruf, und wir hoffen dass die Message dahinter sich weit verbreiten wird“, sagt Kareem Shuhair, über die UN-Frauen Webseite.

Dafür hatte die Organisation das Hashtag #womenshould in Anlehnung an die Suchanfragen kreiert. Rund zwei Wochen nach dem langsamen Start der Kampagne ist der Sammelbegriff einigen auf Twitter zwar bekannt, erfährt aber wohl noch lange nicht die Resonanz, die sich die Organisation erhofft hatte. Und immer noch erscheinen auf Google Deutschland Vorschläge wie „Frauen sind dumm und ich respektiere sie nicht“ in der Suchmaschine, wenn man die englischen Bezeichnungen eingibt. [mac]

Screenshots: mac

**DER EKELBARON
MELDET SICH ZU WORT**



Zur Identität

Bürgerliche Identität ist ein Oxymoron, ein Widerspruch in sich. Die bürgerliche Kultur hat dafür gesorgt, dass sie restlos verschwunden ist. Zur Zeit der Monarchie hatte der Mensch einen Platz in der Gesellschaft. Heute hingegen soll dieser permanent erarbeitet werden. Identität ist heute nur Identität auf Zeit. Der Bürger, der morgens zur Arbeit geht ist nicht identisch mit dem Bürger, der abends nach Hause kommt. Er darf es auch nicht, denn entweder würde sein Betrieb oder seine Frauen Bürger vor die Tür setzen, wäre er stets der Gleiche.

So sucht der Bürger sich einfache Identitätssurrogate. Er identifiziert sich hier mit dem Fußballverein, dort mit seinem Geschlecht und anderswo mit der Nation. Er mag wohl begreifen, dass derart kurzlebige Etiketten nicht viel mit der gottgewollten Ordnung gemein haben, doch immerhin geben sie ihm einfache Regeln, wie er sich zu benehmen hat. Da steht er dann und predigt Vielfalt, während um ihn herum andere Bürger stehen, die kaum noch von ihm zu unterscheiden sind.

Am Ende produziert die bürgerliche Gesellschaft eine Vielzahl identischer Bürger, welche vor lauter Individualität nicht mehr auseinanderzuhalten sind. Austauschbare Wesen, die sich reibungslos vom unteren zum oberen Ende durchreichen lassen und wieder zurück. Gesellschaftliche Mobilität nennt der Bürger das. Wohin sie führen soll, weiß niemand.

**Hochachtungsvoll,
Friedrich von Einhalt**

Netzneutralität: 1 Telekom: 0

Die Verbraucherzentrale NRW hat einen Sieg für die Netzneutralität erstritten: Das Landgericht Köln entschied, dass Flatrate-Drosselungen in den neuen Telekom-Verträgen ungültig seien. Die Deutsche Telekom wird nun vor dem Oberlandesgericht Revision einlegen. Das Verbot der Drosselung auf 384 Kilobit pro Sekunde ist bereits rechtskräftig.

„Wir können diese Entscheidung nicht nachvollziehen“, sagt Telekom-Sprecher Philipp Blank. Die Entscheidung des Landgerichts Köln hat den Plänen der Telekom, das Internet für seine Kunden nach einem bestimmten Datenvolumen auf zwei MB zu begrenzen, einen Riegel vorgeschoben. Die Telekom plant die eigenen Dienste sowie die Dienste von „Premiumpartnern“ nicht auf das Datenvolumen anzurechnen. Damit würde sie faktisch die bisher gültige Netzneutralität abschaffen. Die Verbraucherzentrale NRW, die gegen dieses Geschäftsmodell geklagt hat, hat in der ersten Instanz einen Sieg für deutsche Internetnutzer errungen.

„Zukunftsmodell“ Telekom Die Telekom behauptet 75 GB, das kleinste vorgesehene Volumenpaket, wären für normale Internetnutzer ausreichend. Dabei geht die Telekom nicht auf moderne Entwicklungen von Datenmengen ein: Immer mehr Menschen nutzen datenintensive Videoplattformen wie Maxdome und Watchever. Stattdessen behauptet das Telekom Management, sogenannte „Heavy User“ wären für extreme Kostensteigerungen verantwortlich: „Fakt bei uns ist: Drei Prozent der Kunden verursachen mehr als 30 Prozent des Datenvolumens. Das bedeutet für die Kunden, Lieschen Müller subventioniert bisher den ‘Heavy User’.“ Auf Fragen bezüglich generell steigender Datenmengen geht die Telekom nicht ein.

Student*innen unterschätzen Verbrauch

Viele Student*innen unterschätzen ihr eigenes Datenvolumen. Jeder Internetnutzer kann seinen eigenen Verbrauch jedoch mit bestimmten Programmen messen und somit schnell feststellen, ob er selbst von der Drosselung betroffen wäre. Der Selbstversuch zeigt: Alleine durch



(Foto: Danke)

die mäßige Nutzung von Youtube, Facebook, Twitter und Nachrichtenportalen kommen in der Woche vier Gigabyte Daten zusammen. Wie sich die Drosselung auswirken würde, hat der Blogger Sven Dietrich festgehalten: „Mein Auto fährt, wenn ich 75 Kilometer weit gefahren bin, plötzlich nicht mehr mit 50 Kilometern in der Stunde, sondern nur noch mit 0,77 Prozent der Geschwindigkeit, das sind dann 0,38 Kilometer in der Stunde. Das ist keine Drosselung. Wenn mein Auto nicht mehr 50 Kilometer in der Stunde fährt, sondern langsamer ist als eine Stechmücke (1,4 km/h), Maulwurf (4 km/h) oder eine Stubenfliege (8,2 km/h), dann ist das kaputt.“

Netzneutralität gehört gesetzlich verankert

Die Telekom hat angekündigt, die eigenen Angebote wie Internet-Telefonie und das eigene Internet-Fernsehen nicht in das vorgesehene Datenvolumen mit einzuberechnen. Damit wäre die Netzneutralität in Gefahr: Netzbetreiber dürfen beim Transport der Daten keinen Unterschied unter ihnen machen - alle Daten haben dieselbe Prioritätsstufe. Nicht aber für die Telekom: So können Nutzer den Musik-Stream Spotify dazu buchen, ohne, dass die damit anfallenden Datenmengen angerechnet werden. Das gilt allerdings nur für Spotify. Bei alternativen Streams geht das Datenvolumen flöten.

„Netzneutralität gehört gesetzlich verankert. Auch das haben die Oppositionsfractionen in zwei Sondervoten festgehalten“, so Halina Wawzyniak, von der Linkspartei. In Norwegen und den Niederlanden ist dies bereits der Fall. In Deutschland dagegen haben die Parteien das Thema Netzneutralität bisher weitgehend ignoriert. Die große Koalition will sich diesem nun offenbar annehmen: So streben Union und SPD nicht nur einen Ausbau der Breitbandverbindung an, auch die Netzneutralität soll als Regulierungsziel im Telekommunikations-Gesetz definiert werden.

Vorratsdatenspeicherung?

Ein weiterer Aspekt der Drosselung ist, dass die Begrenzung der Datenmengen auch einer technischen Neuerung bedarf: Wenn die Telekom ihre eigenen Dienste bzw. Dienste von Partner*innen ausnehmen möchte, müsste sie bestimmen, welche Daten aus welchen Quellen bezogen werden. Damit könnte die Datenspeicherung von aktuell maximal sieben, auf 31 Tage anwachsen.

Zudem würde die Einführung der von der Telekom vorgesehenen Drosselung die Entwicklung der weltweiten Vernetzung in Deutschland verlangsamen oder gar stoppen. „Kunden sollten über die gesamte Laufzeit die Sicherheit haben, dass das versprochene Surf-tempo nicht reduziert wird“, so die Verbraucherzentrale NRW. [Danke]

Neue Rechte im Ruhrgebiet

Vergangenen Monat haben Mitglieder der Identitären Bewegung Deutschland (IBD) versucht eine Info-Veranstaltung in Bochum über ihre rechtsextreme Gruppierung zu untergraben und sich als harmlos darzustellen. Dabei grenzte sich die IBD von bekannten rechtspopulistischen und faschistischen Gruppierungen ab und verkündet ihre nationale Gesinnung als progressiv und nicht fremdenfeindlich. Sie gibt sich hip und aktivistisch und hetzt gleichzeitig gegen Muslime und „Identitätslose“.

Am 22. Oktober lud das Protestplenum der Ruhr-Universität Bochum zu einer Info-Veranstaltung über die Identitäre Bewegung ins soziale Zentrum ein. Thematisiert werden sollten die neue „Selbstinszenierung rechter Jugendkultur“, „ideologischen Fundamente“ und die örtliche Verwurzelung der identitären Gruppen: Bisher schien die IBD ein reines Facebook und Internet Phänomen zu sein, ohne regionale Anbindung. Dies änderte sich zumindest für das mittlere Ruhrgebiet am 22. Oktober, als mehrere Mitglieder der rechten Organisation versuchten die Info-Veranstaltung als Werbefläche zu missbrauchen. Dabei wurden die Identitären, mit gezielten Wortbeiträgen der IBD Mitglieder, als „moralische“, „wertechte“ Aktivist*innen dargestellt, die sich ein progressives Europa wünschen. Ein Europa, in dem die Völker klar zu unterscheiden sind und sich nicht „stark vermischen“. Nachdem die rechtspopulistischen Jugendlichen enttarnt worden waren, wurde ein Hausverbot gegen sie ausgesprochen. Den „Besuch“ im sozialen Zentrum hielten die unerwünschten Besucher auf ihrer regionalen Website fest: „Wir besuchen die Antifa in Bochum“ lautete die Überschrift des Artikels, gefolgt von einem Bild von Affen. In dem folgenden Text sind weitere diffamierende und beleidigende Bemerkungen über Antifaschismus und linke Aktivist*innen zu lesen.

Der Ursprung der IBD liegt in Frankreich. „Le Bloc identitaire“ (BI), so der französische Name, entstand 2003 aus dem Zusam-



(Foto: www.ananchorobben.blogspot.de)

menschluss mehrerer neofaschistischer Organisationen. Die BI ist dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen. Ihr Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Verteidigung der „europäischen Identität“ vor der von ihnen propagierten Islamisierung Europas. Sie behaupten, durch die Einwanderung von Muslimen nach Europa, fände ein hiesiger Identitätsverlust statt. Hier wird durch die Dreiteilung Region – Nation – Europa der Versuch unternommen, die rechte Szene sowohl ideologisch als auch strukturell europaweit zu verbinden. Um sich strikt von klassischen, neofaschistischen Organisationen abzugrenzen, lehnt die BI jeglichen Antisemitismus ab. Vielmehr nimmt der Islam die Feindesrolle in der Ideologie der Bewegung ein.

Entwicklung in Deutschland

Der deutsche Ableger der neuen Rechten wurde im Oktober 2012 gegründet. Das Logo der Identitären Bewegung Deutschland ist der griechische Buchstabe Lambda in Gelb auf schwarzem Untergrund: Ein Versuch, einen Zusammenhang zwischen IBD und spartanischen Hoplitenschilden herzustellen. Die Anhänger der Identitären vertreten die Ideologie des Ethnopluralismus. Identitär ist für die Grup-

perierung jeder, der sich zu seiner regionalen, nationalen und kulturellen Herkunft bekennt. Der zu bekämpfende Feind ist der „Identitätslose“ und diejenigen, die versuchen die Kultur zu unterwandern. In einer E-Mail, die die Aktuell-Redaktion von der IBD erhielt, heißt es: „Wir treten an, Deutschland und Europa zu retten.“ Wie in allen Texten, wird hier der Versuch unternommen, sich vom links-rechts Schema abzugrenzen, doch ihre eigenen Worte entlarven sie als Nationalisten

Im Schreiben fordern sie weiter, die Kontrolle von Zuwanderung und die Pflege der eigenen Identität. Sie möchten nicht mit „identitätsfeindlichen Linken“ verwechselt werden und bezeichnen sich selbst als „die Guten“. Die Forderungen der IBD bedeuten konkret jedoch den Rückfall in eine nationalistische Gedankenwelt. Weiter heißt es, man wolle die deutsche Kultur wiederbeleben, in der „nationales Selbstbewusstsein“ und „Gemeinschaftsgefühl“ herrscht. Die IBD ersetzt in ihren Aufrufen und Flyern die klassischen Wörter von Volk und Rasse durch Identität und Wir, um eine direkte Parallele zur „Blut-und-Boden-Ideologie“ zu vermeiden: Die Neonazi-Szene versucht durch die

Identitäre Bewegung abseits der üblichen Parolen und völkischem Nationalismus Zustimmung zu ergattern.

„Opel-Kampagne“

Im Ruhrgebiet ist die Gruppierung zudem durch eine neue Opel-Kampagne aufgefallen. Neben dem „klassischen“ Vorgehen der IBD eine eigene Facebook-Seite zu erstellen, wurde diese im Anschluss auf Facebook-Pinnwänden verschiedener Linker und Liberaler Organisationen gepostet; so auch auf der Facebook-Seite der aktuell. Gefährliche Bewegung Auch wenn die IBD bisher keine großen Wurzeln schlagen konnte, ist sie dennoch online präsent. Mit ihrer modernen und jugendlich-adäquaten Sprache versucht die rechtsextreme Jugendorganisation sich von alten Lasten zu trennen, und ersetzt den biologischen mit einem kulturellen Rassismus. Denn nach wie vor geht es dabei um die Abgrenzung von „Ethnien“, dem „reinhalten“ der eigenen Kultur und dem Erstarken eines „Wir-Gefühls“, nur dass diesmal ein europäischer Kontext geschaffen wird, in dem alle „heimischen“ Ethnien eingeklammert werden und das Feindbild Islam heißt. [Autor*in der Redaktion bekannt]

Mit Schwarzer gegen Prostituierte – Rektor unterschreibt EMMA-Appell

Wenn Alice Schwarzer ein neues Buch veröffentlicht, bringt sie regelmäßig jene Menschen gegen sich auf, für deren Rechte sie vorgeblich eintritt. Nachdem sie zuletzt Muslimas von ihren Kopftüchern befreien wollte, sollen nun Prostituierte von ihrer Arbeit befreit werden. Im Rahmen der Buchveröffentlichung forderte sie vergangene Woche in ihrer Zeitschrift EMMA ein Verbot sexueller Dienstleistungen. Da sich unter den 90 prominenten Erstunterzeichner*innen auch Ulrich Radtke, Rektor der Universität Duisburg-Essen (UDE) befindet, appelliert der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) an Radtke, seine Unterschrift zurückzunehmen. Der Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen antwortete vergangene Woche mit deutlicher Kritik und einem eigenen Appell, der online unterschrieben werden kann. Statt über die Betroffenen zu reden, solle man mit ihnen reden.

Der EMMA-Appell beginnt voller Pathos und Polemik. Sexarbeit wird als „moderne Sklaverei“ gebrandmarkt, die untrennbar mit dem Frauenhandel verbunden sei und international „white slavery“ genannt werde. Die englischsprachige Wikipedia kennt den rassistisch konnotierten Begriff nur als Ausdruck aus dem 19. Jahrhundert, der sich ausschließlich auf Zwangsprostitution bezieht.

Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten gebe es nun einen „Deutschen Sonderweg“, der die „moderne Sklaverei“ toleriere und fördere. Gemeint ist damit die rot-grüne Reform von 2002, seit der sexuelle Dienstleistungen nicht mehr als sittenwidrig gelten. „Die Reform des Prostitutionsgesetzes 2002, die angeblich den geschätzt 700.000 Frauen in der Prostitution nutzen sollte, trägt die Handschrift der Frauenhändler und ihrer LobbyistInnen. Seither ist Deutschland zu Europas Drehscheibe für Frauenhandel und zum Paradies der Sextouristen aus den Nachbarländern geworden“, heißt es im EMMA-Appell.

Auch in seinen Forderungen

bleibt der Appell keinesfalls bescheiden. Das „System Prostitution“ soll kurzfristig eingedämmt und langfristig abgeschafft werden. Die Kund*innen der Sexarbeiter*innen, im Appell „Frauenkäufer“ genannt, sollen geächtet und bestraft werden. Weiterhin werden eine Rücknahme der rot-grünen Reformen, sowie Ausstiegshilfen und Prävention gefordert. „Ein menschenwürdiges Leben ist denkbar“, so der an Zynismus kaum zu übertreffende Abschluss des Appells. Ein solches Leben wird Menschen, die mit sexuellen Dienstleistungen ihr Geld verdienen, hier rigoros abgesprochen.

AStA fordert Distanzierung

Nach Ansicht des AStA würde dies einen Rückschritt in das frühe 20. Jahrhundert und somit eine deutliche Schlechterstellung der Sexarbeiter*innen bedeuten. Der Versuch, der Prostitution wieder den Anstrich des Verbotenen und Anrüchigen zu geben, erscheine unbedacht und offenbare große Vorurteile. „Sicherheitsvorkehrungen würden durch ein Verbot der



Als Wachsfigur steht sie bereits im Museum. Publizistisch ist sie aber noch höchst aktiv: Alice Schwarzer. (Foto: Samaja/flickr.com, CC BY-NC-SA 2.0)

Prostitution unmöglich gemacht, die Gefahr für die Sexarbeiter*innen somit stark steigen“, heißt es in der Pressemitteilung des AStA. Zudem würden sich die Möglichkeiten der sozialen Absicherung massiv verschlechtern, da Sexarbeiter*innen dann beispielsweise keine Möglichkeit mehr hätten sich zu versichern.

Im Besonderen kritisiert der AStA jedoch, dass sich die Kampagne gegen die Äußerungen der Sexarbeiter*innen selbst stellt, die oftmals betont hätten, dass eine Kriminalisierung von freiwilliger Prostitution der Bekämpfung der Zwangsprostitution zuwiderläuft. „Grade jedoch die Bekämpfung von Zwangsprostitution und Menschenhandel sollte im Zentrum der Debatte stehen. Dem stellt sich der Rektor

entgegen und dies darf keinesfalls unkommentiert bleiben.“

Erst im vergangenen Oktober hatten aktive und ehemalige Sexarbeiter*innen in Köln den Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen gegründet um der Diskriminierung und Kriminalisierung von Menschen in der Sexarbeit entgegenzuwirken und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. Sonderverordnungen, wie Sperrgebietsverordnungen und das Werbeverbot würden Sexarbeiter*innen in ihrer Arbeit behindern. Auch lägen bei Bund und Ländern bereits Gesetzentwürfe vor, die eine Verschärfung des Prostitutionsgesetzes forderten. „Anstatt die Position der Sexarbeiter_innen zu stärken, droht eine deutliche Ver-

TIPPS & TERMINE

Fazination Orchideen – Donnerstag im Planetarium



(Foto: hallway/flickr.com, CC BY-SA 2.0)

DONNERSTAG, 07.11

Ochideen: Wunder der Evolution

Orchideen haben Tricks um ihre Fortpflanzung zu sichern – ein Grund warum Darwin so fasziniert von ihnen war. Der multimediale Vortrag auf der 360° Bühne ist biologisch und historisch authentisch und trotzdem humorvoll.

► Ab 18 Uhr, Zeiss Planetarium Bochum, Castroper Str. 67

DONNERSTAG, 07.11.

RED MOVING TREE

Kulturprogramm in Löwental: Julian Kühn macht Musik zwischen Singer&Songwriter und Folk und wird mit kräftiger und emotionaler Stimme den Pott beleben.

► Ab 21 Uhr, Löwental Essen

FREITAG, 08.11.

10 Jahre Hotel Shanghai

Zur Gast auf der Jubiläumsparty ist Matthew Herbert. Der britische Musiker wird mit Elektromusik den Club einheizen. „10 Jahre Kampf gegen die Egalo-Clubkultur aus dem Umland. Sich auch mal was trauen, zu neuen Ufern aufbrechen und Visionen haben.“

► Ab 23 Uhr, Hotel Shanghai Essen, VVK 10 Euro, AK: 12 Euro



Müssen wir uns nicht alle ein Stück weit prostituieren, wenn wir Geld verdienen wollen?
(Foto: Jason Taellious/ flickr.com, CC BY-SA 2.0)

schlechterung der Arbeitsbedingungen in unserer Branche“, sagte das Mitglied Johanna Weber anlässlich der Gründung des Verbandes. „Viel zu lange wurde über uns, aber nicht mit uns gesprochen. Es wird Zeit, dass wir uns von Entscheidungen, die uns betreffen, nicht länger ausschließen lassen!“

„Appell FÜR Prostitution“

Als Reaktion auf die EMMA-Kampagne, veröffentlichte der Berufsverband vergangene Woche einen „Appell FÜR Prostitution“. Die Autor*innen stellen klar, dass ihre Arbeit nicht weniger freiwillig geschehe als andere Jobs. „Gibt es keine Einwilligung zu sexuellen Handlungen, so handelt es sich nicht um Prostitution. Denn Sex gegen den Willen der Beteiligten ist Vergewalti-

gung“, heißt es im Appell. „Nicht nur Deutsche, sondern auch Migrant_innen sind überwiegend freiwillig und selbstbestimmt in der Sexarbeit tätig. Prostituierte, egal welcher Herkunft, pauschal zu Opfern zu erklären, ist ein Akt der Diskriminierung.“

Das Prostitutionsgesetz von 2002 hält der Berufsverband für ausbaufähig. „Durch die rechtliche Anerkennung hat sich die Situation für Sexarbeiter_innen in Deutschland verbessert. Sie können ihren Lohn einklagen und haben die Möglichkeit, sich zu versichern. Außerdem ist die Schaffung angenehmer Arbeitsbedingungen und Räumlichkeiten nicht mehr als „Förderung der Prostitution“ strafbar.“ Durch das „Schwedische Modell“, dass eine Bestrafung der Kund*innen vorsieht, hätten sich die Arbeitsbedingungen

dort extrem verschlechtert.

Der Appell fordert ein Ende der Stigmatisierung und die Beteiligung von Sexarbeiter*innen, an politischen Prozessen, die ihre Arbeit betreffen. Eine Ausweitung der Polizeibefugnisse lehnen sie genauso ab, wie eine Kriminalisierung der Kund*innen. Den Betroffenen von Menschenhandel soll ein Bleibe-recht, sowie umfassende Unterstützung zukommen.

Derzeit können beide Appelle noch online unterzeichnet werden. Welcher zuletzt die meiste Unterstützung bekommt, ist dabei noch völlig offen. Interessant ist allerdings die Zusammensetzung der Unterstützer*innen. Schwarzers Text würde etwa von der Saarländischen Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer und der kom-

pletten CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag unterzeichnet. Daneben Promis, wie Dieter Nuhr und Reinhold Messner, und einige Vertreterinnen von Frauenprojekten. Unterschriften von Betroffenen und deren Verbänden und Beratungsstellen findet man hier natürlich nicht, unter dem „Appell FÜR Prostitution“ machen sie hingegen ungefähr 50 Prozent aus. „Prostituierte“ gibt hier übrigens kaum jemand als Beruf an. Sexarbeiterin, Escort oder Erotikmodel liest man hingegen häufig, dazwischen auch exotischere Bezeichnungen, wie Kuscheldomina. Mittlerweile hat auch dieser Appell viele Prominente Unterstützer*innen, so unterschrieben Christian Ulmen, Oliver Schott und Ralf Richter das Papier.

In Frankreich wird derzeit eine ganz ähnliche Debatte über Sexarbeit geführt. Auch hier gibt es einen umstrittenen Appell mit prominenten Unterzeichnern. Die Stoßrichtung ist dabei allerdings die Gegenteilige. Ende des Monats soll hier ein Gesetzesentwurf abgestimmt werden, der die Nachfrage sexueller Dienstleistungen unter Strafe stellt und 343 Franzosen fordern nun unter dem Titel „Hände weg von meiner Hure“ die Straffreiheit. Die Kampagne verballhornte dafür nicht nur den Titel einer bekannten antirassistischen Kampagne mit dem Titel „Hände weg von meinem Kumpel“, sondern machte sich außerdem über die 343 Frauen lustig, die sich 1971 dazu bekannt hatten, abgetrieben zu haben. Französische Sexarbeiter*innenverbände distanzieren sich von dem Papier. [aGro]

SAMSTAG, 09.11.

Marx is muss

Die Wahlen sind vorbei, die Debatte über Rettungspakete und Austeritätspolitik im Süden Europas gewinnt an Fahrt. Die Veranstaltung will über Alternativen zur aktuellen Krisenpolitik informieren und diese zur Diskussion stellen.

► Ab 11 Uhr, Linkes Zentrum Oberhausen, Elsässer Str. 19

SONNTAG, 10.11.

Revolution für Bewegungsfreiheit

Das Ein-Personen-Theaterstück macht aufmerksam auf die Zusammenhänge zwischen der arabischen Revolution, den Diktaturen und deren Zusammenarbeit mit der EU.

► Ab 20 Uhr, Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 106 Bochum

MONTAG, 02.11.

ZOKUNF – MER SPINGKSE WAT KÜTT

Um 11:11 Uhr beginnt an diesem Tag traditionell der Karneval, die Jahreszeit der Jecken und Feierwütigen. Der Kölner Heumarkt gilt dabei als traditionsreichster Ort zum Einstieg in die fünfte Jahreszeit.

► Ab 11.11 Uhr, in der ganzen Kölner Innenstadt

DIENSTAG, 12.11.

Arktis- Schatzkammer des Nordens

„Es ist das einmalige Licht, die Weite und Klarheit und die einzigartige Tierwelt, die den Fotografen Bernd Römmelt faszinieren.“ Es werden Fotografien und eine Lichtbildshow einer abenteuerlichen Reise gezeigt.

► Ab 20 Uhr, Zeche Karl Essen: Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Mobil - auch ohne eigenes Auto

Student*innen, die mit dem Auto zur Uni kommen, waren lange eine Seltenheit. An der Universität Duisburg-Essen ist das Parkhaus vor dem Unigelände heute jedoch stets gut gefüllt. Trotz des Semestertickets für Busse und Bahnen in NRW steigen Viele lieber ins Auto. Vor 40 Jahre gab es die sogenannte „Öl-Krise“, die das tägliche Autofahren in Frage stellte, da die Rohölpreise stark anstiegen. Mittlerweile gibt es Entwicklungen in der Mobilitätsfrage - und das auch am Campus.

Die autofreien Sonntage von 1973 waren eine Maßnahme der Bundesrepublik Deutschland, um auf die Ölkrise zu reagieren. Damals wurden vier Sonntage ausgewählt an denen lediglich Ärzte, Taxis und Frischware-Lieferanten das Auto benutzen durften. Auf Bildern in Museen kann man sehen, wie zahlreiche Menschen sich zu Fuß oder mit dem Fahrrad auf den Autobahnen bewegten. Ein solcher Tag ist heute undenkbar. Noch wird die Mobilität in Deutschland durch das Auto dominiert. Fast jeder Haushalt hat mindestens ein Auto, welches wiederum nahezu täglich benutzt wird. So ist es auch nicht verwunderlich, dass auch immer mehr Student*innen sich den Luxus eines Autos leisten, besonders an einer Pendler-Universität wie Duisburg-Essen scheint der Trend zu steigen. „Im Winter verspäten sich die Züge oder fallen ganz aus. Außerdem ist man durch die Fahrzeiten nicht so flexibel“ begründet Studentin Hanna das Pendeln mit dem Auto zum Campus Essen.

Alternativen zum Auto durch innovative Projekte

Neben Bus und Bahn, die Viele täglich anstatt eines Autos für den Weg zur Uni benutzen, ist besonders auch das Fahrrad für ortsansässige Student*innen eine gute Möglichkeit, um von A nach B zu kommen. Denn: Die Stadt Essen ist seit 1995 Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Städte, Kreise und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Über 200



Direkt am Campus: Elektroautos und Fahrräder für kleines Geld mieten. (Foto: Gerne)

Kilometer Radwege und Fahrradstraßen gibt es im Stadtgebiet, wovon 100 Kilometer des Hauptnetzes mit Fahrradschildern ausgestattet sind. Direkt vor dem Campus sowie an zahlreichen anderen Stellen in der Stadt werden auch metropolradruhr-Fahrräder angeboten, die eine Kombination von Bahn und Fahrrad ermöglichen. Für einen Euro pro halbe Stunde und die Sonderkondition, dass VRR-Kund*innen die erste halbe Stunde umsonst fahren dürfen, ist die Ausleihe mit einem minimalen Kostenfaktor verbunden. Für den gesamten Tag zahlt man 9 Euro, weshalb die Räder für Gelegenheitsfahrer*innen auch attraktiv für Wochenendausflüge, wie beispielsweise zum Baldeneysee sein können. Wer jedoch häufiger mit dem Rad fahren möchte, für den lohnt sich die Anschaffung eines eigenen Rades natürlich deutlich mehr.

Wer nicht auf den Spaß des Autofahrens verzichten möchte, könnte an diesem Prinzip Interesse haben: Ähnlich wie die metropolradruhr-Räder funktioniert auch das Ruhr-Auto nach der Ausleih-Idee. Bei der Verwirklichung des Konzepts hat auch die Universität Duisburg-Essen als Projektpartner mitgewirkt. Vier

verschiedene Elektroautos stehen an mehreren Standpunkten all denen zu Verfügung, die nur selten ein Auto benötigen. Auf der Internetseite www.ruhrautoe.de wird das Prinzip der Autoausleihe beworben: „Für einen flächendeckenden Einsatz der Elektromobilität müssen möglichst viele Nutzer mit der neuen Technologie in Kontakt gebracht und optimale Nutzungsformen für Elektroautos gefunden werden, wie etwa CarSharing-Systemen“. Im Fokus steht also das Bekanntmachen und zur Verfügung stellen von Elektroautos, die momentan für die Meisten noch zu teuer sind. Die Ausleihpreise variieren je nach Auto und können ebenfalls auf der Internetseite eingesehen werden.

E-Mobile auf dem Campus

Auf dem Campus Essen steht bei dem Gebäude-Durchgang S05 ein kleiner Renault Twizy. Hierfür zahlt man für eine Stunde 1,95 Euro, der ganze Tag kostet 24 Euro. Der Renault Twizy ist ein 2-Sitzer und hat eine Reichweite von 100 Kilometern. Weitere Fahrzeuge, die für Student*innen gut erreichbar sind stehen in der Segerothstraße und auch am Campus Duisburg. Unterstützer*innen hat das Projekt

auch aus Politik, Kirche und Wirtschaft: „Das Projekt zeigt, dass sich das Ruhrgebiet in seiner Innovationsfähigkeit in Deutschland sehen lassen kann.“ sagt Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin von NRW. Mit Hilfe von Smartphones, kann ganz leicht herausgefunden werden, wo sich das nächste Miet-Fahrrad oder Auto befindet – diese Möglichkeiten sind deshalb durchaus einplanbar.

Fördern Proteste Umdenken?

Sabine Leidig ist verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag und ehemalige Bundesgeschäftsführerin von attac Deutschland. Dem Magazin *marx21* gegenüber sagt sie: „Gegen Autobahnneu- und Ausbauprojekte regt sich immer mehr Widerstand, und das Interesse der jungen Generation am Auto wird eindeutig geringer – immer mehr sind auf andere Weise mobil.“ Eine Tatsache? Die Lärmbelästigung für Anwohner*innen von Autobahnen oder Flughäfen geben Anlass zu Protesten – aber wird deshalb das eigene Auto stehen gelassen? Umweltschonende Alternativen gibt es schließlich genug, bleibt abzuwarten, ob zukunftsweisend die Vernunft über die Bequemlichkeit siegen kann. [Gerne]

Gedenken und Handeln gegen Rechts



(Foto: UweHicksch/flickr.com, CC BY-NC-SA 2.0)

Am 9. November jährt sich der 75. Jahrestag der Reichsprogromnacht, während der in Deutschland 1938 weit mehr als 1.300 Jüd*innen ermordet und Synagogen angezündet wurden. Diesen Tag haben sich Gruppen der extremen Rechten ausgesucht um in verschiedenen Städten des Ruhrpotts Stimmung zu machen gegen Flüchtlinge, Migrant*innen und Sinti und Roma.

In Duisburg hat die rechtspopulistische und antimuslimische Kleinstpartei „Pro NRW“ zusammen mit zwei „Bürgerinitiativen“ zwei Demonstrationen gegen syrische Flüchtlinge wie auch Sinti und Roma angemeldet, in Neumühl und Rheinhausen. Die „Bürgerinitiativen“ hatten bisher jegliche Kontakte zu rechten Parteien abgestritten und sich als Gruppierungen „besorgter Bürger*innen“ dargestellt. Eine Fassade, die schon bröckelte als am 5.10 bei einer Kundgebung von Pro NRW 200 Bürger*innen den rechten Parolen von „Pro NRW“ zujubelten und teilweise am offenen Mikrofon Stimmung machten gegen Flüchtlinge und diejenigen, die sich für deren Rechte einsetzen.

Kriminalisierung verboten

Unter dem Motto „Erinnern heißt handeln“ haben verschiedene antifaschistische Gruppen für diesen Tag eine Demonstration von Duisburg-Hamborn nach Neumühl geplant. Der Stadtteil steht nicht ohne Grund im Zentrum der antifaschistischen Proteste. In Folge der massiven Präsenz von NPD-Anhänger*innen erhielt die Partei bei den vergangenen Bundestagswahl mehr als sechs Prozent der Erst-Stimmen. Im Aufruf des Bündnisses heißt es „Asyl und Bewegungsfreiheit sind Menschenrecht. Lassen wir nicht zu, dass PRO NRW auf dem Rücken von syri-

sehen Bürgerkriegsflüchtlingen ihre menschenverachtende Politik betreiben will.“

Im Anschluss an die Demonstration will sich das Bündnis um 16 Uhr in Rheinhausen solidarisch erklären mit den Sinti und Roma, die in Rheinhausen im Zentrum der rechten Propaganda stehen. Dort stellt sich das Bündnis nicht nur gegen die Rechten sondern auch gegen die Funkzellenabfrage durch die Duisburger Polizei. Deren Vorgehen wurde auch vom Landgericht Duisburg kritisiert, welches den Antrag auf die Wohnungsdurchsuchung bei einem Antifaschisten für gesetzlich nicht rechters erklärte. Johanna Halde-mann, Sprecherin der Initiative gegen Duisburger Zustände, erklärte dazu: „Die Duisburger Polizei, die Staatsanwaltschaft und das Amtsgericht haben in erheblicher Weise, wie nun auch vom Landgericht bestätigt wurde, das Recht gebrochen!“

Essen: Demonstration geplant – Ort unbekannt

Auch in Essen dürften rechte Kräfte aus dem Umfeld der NPD eine Kundgebung halten, der Ort ist bisher allerdings unbekannt. Antifaschist*innen aus dem Umfeld des Bündnisses „Essen stellt sich quer“ haben allerdings vorsorglich 50 Plätze für Kundgebungen angemeldet. Dadurch soll verhindert werden, dass

Anhänger*innen der neofaschistischen Partei dort ihre menschenverachtende und geschichtsrevisi-onistische Propaganda verbreiten können.

Ab 14 Uhr ist außerdem ein Rundgang zu den verschie-nen Essener Stätten der Opfer, des Widerstandes und der Verbrechen des Faschismus geplant. Beginnend am Willy-Brandt-Platz soll der Rundgang an der alten Synagoge enden. Im Anschluss hat das Bündnis für 16 Uhr eine Kundgebung an der Marktkirche beantrag t.Im Fokus dürfte auch das Erstarke-n von rechten Holligangruppen stehen, die erst kürzlich eine Vorführung des Filmes „Blut muss fließen“ unter Androhung von Gewalt verhindern.

Am folgenden Tag kommt es um 18 Uhr in der Kirche auf der Billebrinkhöhe 72 zu einem Konzert, welches neben den Opfern des Faschismus auch den palästinensischen Opfern der Vertreibung gewidmet ist. Unter dem Motto „jüdische Komponisten und eine palästinensische Melodie“ sollen die Einnahmen des Konzerts vier Flüchtlingslagern im Libanon gespendet werden.

Gedenken auch in anderen Städten

In Dortmund, welches dieses Jahr am 9.11 von rechten Aufmärschen verschont bleibt, berichtet am 7.11 der Zeitzeuge Heiner Halberstadt von den Ereignissen während der Reichtsprogromnacht. Die Veranstaltung, die sich speziell der Situation in Dortmund widmen soll, beginnt um 18.30 Uhr im Raum VI der Auslandsgesellschaft Dortmund in der Steinstraße 48. [JJ]

KURZMELDUNGEN

Flüchtlingsdemonstrationen am vergangenem Wochenende

Laut der Veranstalter*innen „Pro Asyl“ demonstrierten rund 15.000 Menschen am Samstag, den 02.11 in Hamburg für das Aufenthaltsrecht der sogenannten Lampedusa-Flüchtlinge. Nach Angaben der Polizei waren es 9.000 – was jedoch trotzdem deutlich über den erwarteten 3.000 lag. Der wiedergewählte Knut Fleckenstein (SPD) hatte gefordert, Flüchtlinge in der EU gerechter zu verteilen. Außerdem sollten mehr Möglichkeiten für Migranten geschaffen werden, legal einzuwandern. Er kritisierte das Verhalten der Bundeskanzlerin in der Flüchtlingspolitik scharf.

In Schneeberg im Erzgebirge demonstrierten zeitgleich 1.500 Teilnehmer*innen unter dem Deckmantel von „unorganisierten Bürger*innen“, sowie NPD-Anhänger*innen gegen Flüchtlinge. Der Fackelzug war von einem lokalen NPD-Funktionär angemeldet worden. Rolf Holzschuher (SPD) meint: „„Es handelt sich eindeutig nicht um spontanen Bürgerprotest. Die Initiatoren kommen aus der rechten Szene, sowohl aus der NPD als auch aus dem noch radikaleren Kameradschaftsspektrum.“

Asylbewerber*innen sind für die NPD ein anschlussfähigeres Thema in der Gesellschaft – umso wichtiger war die große Demonstration in Hamburg, die Solidarität mit den Flüchtlingen vermittelte. Karl Kopp von „Pro Asyl“: Das ist ein starkes Signal für den Flüchtlingsschutz und drückt die Empörung gegen das Massensterben im Mittelmeer aus“.

aktuell Liebhaben

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren, zu Teilen und natürlich zum Liebhaben habt ihr auf:

unserer Facebook-Seite:

► www.facebook.de/akduell

und auf unserer Homepage:

► www.akduell.de

Im Wollnetz

Wenn man durch die Untiefen der Video-plattform Youtube stöbert, dann stößt man auf die sogenannten „Tutorials“. Hier bringen fachkundige Nutzer*innen den Zuschauer*innen die unterschiedlichsten Sachen in laufenden Bildern bei. Nachdem ich festgestellt habe, dass ich mir weder ein Herbst-Make Up schminken, noch die Haare wie diese Kim Kardashian stylen möchte, bin ich aber auf für mich spannende Tutorials gestoßen: Strickvideos. Wofür ich mich im Handarbeitskurs nicht begeistern konnte, brachte mir jetzt das Internet bei. Wenn das meine Großmutter wüsste.



(Foto: mac)

So lerne ich Schritt für Schritt, wie eine Mütze oder ein Schal entsteht. Und das ganz ohne Oma auf dem Sofa neben mir. Denn ein schlagender Vorteil im Videoportal: man kann immer wieder zurückspulen, wenn man sich mal wieder komplett in der Wolle verheddert hat. Und so erlerne ich mit EliZZ-Zar3 alias Elisabeth Wetsch, die hohe Kunst des Strickens. Nach verknoteten Fingern und Muskelkater in der verkrampften und schwitzenden rechten Hand beherrsche ich dann doch rechte Maschen, linke Maschen, Umschläge, verschiedene Muster und wie man rund strickt. Nach diesem ersten Grundkurs verlasse ich das Wollnest meiner Mentorin und traue mich wieder auf die große Plattform Youtube, um einzelne Projekte anzugehen.

Doch da tummelt sich ja immer noch die Meute an Tutorial-Ersteller*innen. Zwischen Herr Tutorial und Simon Desue, der kürzlich den Schritt ins Fernsehen schaffte, denn

er machte als bekannter Youtube-Star bei Promi-Big-Brother mit, bin ich wieder schockiert, wer sich da alles austobt. Ich möchte mich spontan in meiner Wollkiste verstecken und definiere meine Sucheingabe wieder minutiös genau. So treffe ich dann auf "alive4fashion", einer sympathischen Strickerin in meinem Alter. Mit ihr entsteht dann auch endlich meine erste Pudelmütze und mein erster Schal.

Die zeige ich dann natürlich stolz wie Oskar im Bekanntenkreis herum. Eine ebenfalls strickbegeisterte Freundin fragt mich: „Hast du auch den Kurs an der Volkshochschule gemacht?“ Ich frage mit süffisant gekräuselten Mund zurück: „Kennst du Youtube?“ Mittlerweile gucke ich mir beim Stricken nicht mehr die Tutorials an, sondern niedliche Katzenvideos. So bleibe ich Youtube abseits der Tutorials treu und kann Catcontent mit der Handarbeit verbinden. Und die Katze auf der Mattscheibe kann mir dabei auch nicht mein Wollknäuel mopsen. [mac]

IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: **ASTA** der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.
Projektkoordination: David Freydark
Anschrift: aktuell, c/o AstA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen
Redaktion dieser Ausgabe: Alex Grossert (aGro), Maren Wenzel (mac), Jules El-Khatib (JJ), Linda Gerner (Gerne), Daniel Kerekes (DanKe), Teresia Minjoli (ttm)
Comic: Sebastian Happ
V.i.S.d.P.: Teresia Minjoli (ttm)
Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede
E-Mail: redaktion@akduell.de
Web: www.akduell.de
Fon: 0201/1833134

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

	4			5	9	2		3
9								
	5	6			8		7	
6				9	7		5	
		9				8		
	1		8	2				7
	8		3			1	9	
								6
3		5	9	4			2	

HLP! #39: HIRNSCHISS ZUM 9. NOVEMBER

